

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.  
Gesamt Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1330  
Stollasse Riesa Nr. 32.

Nr. 79.

Donnerstag, 5. April 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für April 4800.— Mark einschl. Beleglohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Zeile für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 200.— Mark; getraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 50.— Mark. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftragsgeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Anzeigerbeiträge „Erzähler aus der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Schäftsstelle: Poststraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Klauenviehmarkt am 7. April 1923 betr.

Mit Rücksicht auf die jurast in einem Umkreis von 15 km von Riesa noch herrschende Maul- und Klauenseuche wird gemäß § 168 a der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Viehschutzgesetz vom 7. Dezember 1911 die Abhaltung des Klauenviehmarktes am 7. April 1923 verboten.

Der Rat der Stadt Riesa, am 5. April 1923.

Abd.

## Volkschule Gröba.

Die Aufnahme der Kinder, die diese Ostern schulpflichtig werden, findet Montag, den 9. April 1923, nachm. 2 Uhr in der Turnhalle der Schule statt.

Gröba (Elbe), am 5. April 1923.

Die Schulleitung.

## Fortbildungsschulen zu Riesa.

Montag, am 9. April 1923, haben sich in der Mädchenschule II anzumelden: Um 2 Uhr: 1. alle Ostern 1923 aus der Volksschule entlassenen Knaben und Mädchen, die im Schulbezirk Riesa wohnen, auch wenn sie auswärts arbeiten;

2. auswärts wohnende Knaben und Mädchen, welche die hiesige Fortbildungsschule freiwillig besuchen wollen.

Um 3 Uhr: Junge, die im 2. oder 3. Fortbildungsschuljahre stehen. Bei der Anmeldung ist das Entlassungszeugnis der letzten Volksschule oder das Ueberweisungszeugnis der bisherigen Fortbildungsschule vorzulegen. Schreibsachen sind mitzubringen. Verzögerte Anmeldung gilt als unzureichend. Der Leiter der Fortbildungsschulen.

Freibank Bobbig. Freitag 5 Uhr Schweinefleisch, 1/2 kg 2500.— Mark.

## Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 5. April 1923.

— **Publikum.** Aus Anlaß seiner 50 jährigen Tätigkeit im Staatsdienst wurde heute morgen der Oberassistent des hiesigen Zollamts Herr Oskar Partsch von der vereinigten Beamtenchaft im Zollamt begrüßt und beglückwünscht.

— **Rubrikhilfe.** In der Dampfbadstube wurden am 3. Feiertag von einigen Herren 20 000 Mark für die Rhein- und Rubrikhilfe gesammelt.

— **Wasserländische Rundgebung.** Auf die nächsten Sonnabend, den 7. April, im Weitzer Hof stattfindenden Vorträge, die den gewaltsamen Einbruch der französisch-belgischen Truppen in deutsches Gebiet behandeln werden, sei auch hierdurch nochmals hingewiesen. (Näheres siehe Anzeigenteil.)

— **Die Abhaltung des Klauenviehmarktes** verboten. Nach einer im amtlichen Teil abgedruckten Bekanntmachung des Rates der Stadt Riesa darf der diesjährige Klauenviehmarkt am 7. April mit Rücksicht auf die herrschende Maul- und Klauenseuche nicht abgehalten werden. — Der diesjährige Frühjahrs-Jahrmarkt findet am 8., 9. und 10. April statt.

— **Die Beamtengehälter.** Die Verhandlungen der Regierung mit den Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsarbeiter, die morgen Freitag stattfinden, werden auf Wunsch der Regierung nicht den offiziellen Charakter von Tarifverhandlungen für April tragen. In ihnen wird in erster Linie die Berechnung der für April geleisteten Vorkasse beprochen werden. Es soll aber auch verhandelt werden, die Frage einer Tarifrevision für April anzunehmen. Die Regierung ist augenblicklich aus den bekannten Gründen nicht geneigt, eine Erhöhung der Aprilgehälter vorzunehmen, dagegen ist sie bereit, abwärts Vorzuschläge in angemessener Höhe zu bewilligen. Die Organisationen dürften sich aber mit der von der Regierung geplanten Regelung nicht einverstanden erklären. Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Aprilgehälter wird von den Gewerkschaften in erster Linie mit den fortgeführten Preissteigerungen in allen lebensnotwendigen Gegenständen begründet. Sodann wird u. a. darauf hingewiesen, daß die Bezüge der Beamten im letzten Monat hinter denen gleichartiger Berufsgruppen in der Privatwirtschaft zurückgeblieben seien.

— **Stenographielehrerprüfungen.** Beim Stenographischen Landesamt zu Dresden haben wiederum dreizehn Prüflinge, darunter zwei Damen, die Stenographielehrerprüfung bestanden.

— **Die Demokraten und die sächsische Gemeinderreform.** Von der Deutschen Demokratischen Partei, Dresden, wird dem Teleskop-Sachdiensten geschrieben: In einem Artikel unter „Sozialdemokratie und sozialistische Regierung“ in der „Dresdner Volkszeitung“ vom 30. März wird die Behauptung aufgestellt, die demokratische Landtagsfraktion habe bei den informativen Besprechungen mit den Sozialdemokraten über die Regierungsabstimmung versprochen, den Entwurf der neuen sächsischen Gemeindeverfassung „mit Haut und Haaren zu schlucken“, wie sich der Verfasser geismvoller Weise ausdrückt. Abgesehen hiervon ist diese Behauptung vollkommen unwahr. Die Vertreter der demokratischen Landtagsfraktion haben bei jenen Verhandlungen vielmehr erklärt, daß sie den jetzt vorliegenden Gesetzesentwurf über die neue Gemeindeverfassung, aus dem bekanntlich eine Reihe von Ausschlußbeschlüssen der sozialistisch-kommunistischen Linken wieder entfernt worden sind, zwar als eine brauchbare Grundlage ansehen, daß sie ihm aber nur dann zustimmen könnten, wenn er neben anderen, minder wichtigen Punkten an zwei Stellen geändert wird. Einmal verlangt die demokratische Fraktion für die Gemeinden die Freiheit, sich nach ihrem Ermessen für die Einführung des Einkammer-Systems (Bürgermeisterverfassung) oder für die Beibehaltung der Ratsverfassung zu entscheiden. Weiterhin verlangt die demokratische Fraktion eine bessere Sicherung der Stellung der besoldeten Ratsmitglieder. Der Verfasser des Artikels hätte sich mit Beiläufigkeit darüber unterrichten können, daß seine Behauptung unwahr ist und daß die demokratische Landtagsfraktion in dieser Frage genau dieselbe Haltung einnimmt wie bisher.

— **Fünftägige Jahre Invalidentank.** Am 1. April konnte der Invalidentank für Sachsen auf ein fünfjähriges Bestehen zurückblicken.

— **Sächsische Landeslotterie.** Unsere Landeslotterie ist bekanntlich mit Beginn dieser Lotterie hinsichtlich des Verfahrens der Ziehung einer vollständigen Renewierung unterzogen worden. Man hat das Ziehungsgeschäft wesentlich vereinfacht, indem man für die Gewinne, die mit dem Einsatz herauskommen, nur noch Stichzahlen zieht, in den ersten vier Klassen je drei, in der fünften Klasse 7. Jede Nummer, die am Ende einer dieser zweifelligen Ziffern aufweist, ist mit dem Einsatz gezogen. Die Ziehung der fünften Klasse hat gestern begonnen. An Stelle der schon in der

## Heutiger Dollarkurs (amtlich): 21076 Mark.

ersten bis mit vierter Klasse mit Gewinn gezogenen Nummern haben diejenigen zu treten, die am nächsten Ziehungstage, Mittwoch, den 11. April, bei Beginn gezogen werden. An diesem Tage kommen dann noch höhere Gewinne heraus, deren Ziehung weiter am 12., 16., 18., 19., 21., 25. und 26. April erfolgt. Die Gewinnmöglichkeiten sind, der Geldentwertung entsprechend, außerordentlich günstig. Im glücklichsten Falle kann man 15 Millionen gewinnen, wenn die höchste Prämie von 5 Millionen mit dem Hauptgewinn von 10 Millionen an einem Tage gezogen werden. Früher ist der Fall schon dagewesen. An großen Gewinnen sind ferner vorzuziehen: Einer zu 5 Millionen, zwei zu 2 Millionen, vier zu 1 Million und sechs zu 500 000 Mark. An Prämien werden noch fünf zu je 1 Million gewährt.

— **Die Verlichungspflichtigen** in der Angelegenheit der Versicherung ist mit Wirkung vom 1. März von 4,2 Millionen auf 7,2 Millionen Mark erhöht worden.

— **Die Not der freien Berufe.** Der demokratische Sprecher, Dr. Weigel, setzte sich für die Forderungen der freien Berufe ein. Die Note der freien Berufe stelle er in das richtige Licht und forderte dann zur Befreiung als Abschlagszahlung zunächst die Befreiung des § 4 des Gewerbeenergesetzes, den er als gegen die reichsgesetzlichen Bestimmungen verstoßend bezeichnete. Im Interesse des Bestehens bestehender Anwaltsbüros, denen man einen öffentlichen Charakter nicht absprechen könne, staatliche Beihilfen für unerlässlich. Für die im Vorbereitungsdienst bei den Rechtsanwaltsbehörden beschäftigten Referendare begehrte er staatliche Beihilfen, eine Forderung, die die sächsische Regierung nun auch teilweise durch Gewährung von Beihilfen erfüllt hat. In gleich warmer Weise setzte er sich für die Ärzte ein. Eine vierteljährliche Vorauszahlung der Krankenkassenhonorare nach Höhe des letzten tatsächlich erhaltenen Honorars biete Gewähr, den Folgen der Geldentwertung zu entgegen. Für die Landärzte hielt er die Zuweisung billigen Anteils an den Gewinnen der Krankenkassen für unerlässlich. Die Verleihung dieser Anteile sei eine wirtschaftliche Sicherung der freien Berufe den weiteren Kampf aufnehmen.

— **Postpakete nach dem Einbruchgebiet** werden nicht angenommen. Nach dem Einbruchgebiet werden vorläufig keine Postpakete angenommen. Nach dem Oberpostdirektionsbezirk Sachsen sind Postpakete im Gewicht bis 10 Kilogramm (mit Ausnahme verpackter Wertgegenstände und Sperrgutsendungen) wieder zugelassen, von einem Absender sollen jedoch nicht mehr als 5 Pakete täglich eingeliefert werden. Nach Trier und nach Dren der Mosellandbahn Trier-Vertrassel-Eues-Bulay werden gewöhnliche Pakete bis zu 10 Kilogramm angenommen.

— **Die kommunistische Taktik.** Die Berliner Kommunisten sind mit der Taktik ihrer sächsischen Parteigenossen unzufrieden und haben in zwei Entschließungen (Sach gegen deren Umfall in der Frage der Einberufung eines Betriebsrätekongresses Stellung genommen. Unter keinen Umständen dürfe man für einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten stimmen und müsse weiter auf die Befreiung der WEP, hinarbeiten. Dergleichen wenden sich die angegriffenen sächsischen Kommunisten. Sie erklären, daß die Berliner Gegenentwürfe auf mangelnder Sachkenntnis ausgebaut seien. Landesvorstand und Landtagsfraktion der sächsischen SPD, erblicken vielmehr im Abschluß der Regierungskrise einen großen Erfolg der SPD. Die Zentrale der SPD wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß nicht durch Berliner oder andere Gegenwirkungen die Durchführung und Verbreitung der Aktion der sächsischen Partei gehemmt und geschädigt werde. Zum Schluß erklären die sächsischen Kommunisten, die Berliner Zentrale bilige vollkommen ihren Standpunkt.

— **BR. Bundeskulturrat.** In der letzten Sitzung des Ständigen Ausschusses des Bundeskulturrates stand u. a. die Notstandsaktion für das Erzgebirge auf der Tagesordnung. Nachdem die Bedarfsmeldung der Notstandsgebiete im Gebirge an Saatgut nunmehr vollständig eingegangen sind und mit Hilfe des Bundeslandbauvereins versucht worden ist, alles nur auf dem freien Markt verfügbare Saatgut anzufaufen, ist der Bundeskulturrat auf die Verteilung der an der Hand befindlichen Mengen an die Kommunalverbände herangegangen. Der Ankauf der er-

forderlichen Mengen Saatgut machte und macht auch jetzt noch große Schwierigkeiten. Vor allem mangelt es an Sommerroggen, jedoch der angeforderte Sommerroggen zum großen Teil durch Oaser ersetzt werden muß. Das Saatgut gelangt von den Lagerhäusern in Wärsenbrand und Ringenberg zur Verteilung, die Leinsoat wird durch die Flachsbau-Gesellschaft, Abt. Sachsen, von dem Lager der Zentralgenossenschaft in Bischofswerda geliefert. Es wird beabsichtigt, den bedürftigen Landwirten im Gebirge das Saatgut zu verbilligen und zum Marktpreis abzugeben, wobei angenommen wird, daß die Regierung den gleichen Anteil wie der Bundeskulturrat übernimmt. Ein diesbezüglicher Antrag soll an das Ministerium gerichtet werden. — Die Neuordnung der Strompreise durch die Ueberlandzentralen hat in neuerer Zeit zum Teil derartige Verhältnisse geschaffen, daß die Landwirtschaft diese Preise nicht mehr bezahlen kann und große Gefahr für die Aufrechterhaltung des intensiven Betriebes vorliegt. Manche Ueberlandzentralen haben die Bezahlung des elektrischen Stroms nicht mehr nach Kilowatt, sondern nach der Stärke des Motors eingeführt. Andere Ueberlandzentralen haben ein gemischtes System angenommen und die Grundfläche, die für die Industrie mit ihrem händigen Gebrauch an elektrischem Strom gekostet, einfach auf die Landwirtschaft übertragen. Es wird beabsichtigt, gegen diese neue Art der Preisbestimmung Stellung zu nehmen und vor allem die Regierung auf die Folgen, die sich aus einer derartigen Preisbestimmung für die Landwirtschaft ergeben, hinzuweisen.

— **Ein neuer Preisseidung gegen deutsche Arbeit.** Der Verband Sächsischer Industrieller teilt uns mit, daß er aus Mitgliederkreisen wiederholt Nachrichten erhalten hat, nach denen in wichtigen sächsischen Absatzgebieten durch die Ententepropaganda der Einbruch erwidert worden ist, als ob Deutschland infolge der Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen Exportlieferungen nicht mehr auszuführen in der Lage sei. Wiederholt haben ausländische Interessenten, die bereits bei deutschen Lieferanten ihren Besuch angelagert hatten, diesen mit der Begründung fallen gelassen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen Offerten zwecklos seien. Sie haben daraufhin die Offerten von englischen oder französischen Konkurrenten eingeholt. Es ist deshalb im Interesse unserer Industrie unbedingt notwendig, daß das Ausland in geeigneter Weise über das Unwahre der oben erwähnten Gerüchte aufgeklärt wird. In diesem Zweck empfiehlt es sich, der ausländischen Korrespondenz Berichtigungsnotizen beizufügen. Jeder exportierende oder mit dem Auslande in Korrespondenz stehende Industrielle kommt seinen eigenen Interessen nach und gemäß gleichzeitig einer nationalen Pflicht, wenn er in dieser Weise an der Aufklärung des Auslandes und an der Bekämpfung des Lügenbaldes gegen uns mitwirkt.

— **Valentiner.** Zugunsten notleidender Pfarrhäuser Mitteldeutschlands sind seitens der deutschen evangelischen Gemeinden Ostlands durch Vermittlung des evangelischen Reichsjugendwartes Hs. Stange (Leipzig), der kirchlich im Baltikum weilt, Spenden in Höhe von zurzeit 1 1/2 Millionen Mark überwiesen worden. Die Höhe dieser Summe, deren Verteilung, soweit Sachen in Frage kommen, in Fühlungnahme mit der Sächsischen Pfarrhaushilfe erfolgt, ist um so beachtenswerter, als das deutsche Volkstum in Ostland heute nur noch knapp 20 000 Seelen zählt und die sächsische Valuta bekanntlich keineswegs übermäßig günstig steht.

— **Falsche Reichsbanknoten zu 50 000 Mark.** Von den in Schwarzdruck ausgeführten Reichsbanknoten zu 50 000 Mark mit dem Datum des 19. November 1922 ist eine Fälschung aufgetaucht, bei der das bei echten Noten auf der rechten Seite in das Papier eingeformte Wasserzeichen — Eigenlaub und Kreuzdorn darstellend — fehlt oder mangelhaft nachgebildet und in der Durchsicht nicht oder nur schwach zu sehen ist. Die orangefarbenen, bei echten Noten in das Papier eingebetteten Fasern, sind durch ähnlich geformte Druckfische, die sich mit einer Nadel vom Papier nicht abheben lassen, vorgezogen. Vor Annahme dieser Nachahmung wird gewarnt und für die Prüfung empfohlen, sich die Beschaffenheit der echten Noten genau einzuprägen. Für die Aufdeckung von Fälschmülnerwerkstätten und dahin führende Angaben zählt die Reichsbank nach wie vor hohe Belohnungen.

— **Döbeln.** In der letzten Bezirksversammlung der Amtshauptmannschaft kam es gelegentlich der Beratung des Haushaltsplanes zu einem Zwischenfall. Nachdem ein von kommunistischer Seite gestellter Antrag, eine der im Bezirke beim Technik tätigen vier Diakonissenhäusern zu entlassen und durch eine „freie“ Schwestern zu ersetzen, wie entgegnet wurde, „sanftlich-religiöse“ Ergebnisse der hier verpflegten Kinder unmöglich zu machen, mit beträchtlicher Stimmenmehrheit abgelehnt worden war, beantragten die Kommunisten, die im Haushaltsplane eingestellten Ausgaben für Entschädigungen an den Ortspfarrer als Deimgeleiteten, den Kirchschullehrer und die Aurenbaner in Technik abzulehnen. Ein gleicher Antrag war im vorigen Jahre